

Gemeinderat Klubobmann Mag. Armin Sippel
Dringlicher Antrag

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 16.10.2013

Betreff: Bandenkriege in Graz – keine weiteren Asylwerber nach Graz
Dringlicher Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Diverse Medien wussten in den vergangenen Wochen von Bandenkriegen in unserer Stadt zu berichten. Beispielsweise gab es im Volksgarten zwei große Auseinandersetzungen mit Verletzten zwischen Afghanen und Tschetschenen, aber auch andere Ethnien gerieten in nicht ganz so zahlreichen Auseinandersetzungen aneinander. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Aussage eines Polizeivertreters, der einbekannte, die Beteiligten seien der Grazer Polizei namentlich bekannt beziehungsweise dass es sich größtenteils um Asylwerber handeln würde. Ausschlaggebend für die Auseinandersetzungen wären, so Vertreter der Polizei, Kämpfe um die Drogenherrschaft einerseits sowie ungelöste ethnische Konflikte. Betont sei, dass Exekutivkräfte auch gegenüber heimischen Medien ausdrücklich die Terminologie „Bandenkriege“ verwendeten. Nun riefen die Zustände sogar den zuständigen Landesrat Siegfried Schrittwieser auf den Plan, der bekundete, die Flüchtlingszuweisung an die Stadt Graz reduzieren zu wollen. Herr Landesrat Schrittwieser betonte gegenüber der Kronenzeitung, dass die Steiermark bzw. die Stadt Graz vom Bund zukünftig fairer behandelt werde, weshalb diese Maßnahme nun möglich sei. Allerdings sieht der Antragsteller in der gegenwärtigen Situation den Handlungsbedarf für eine weitgreifende Maßnahme.

Die Häufigkeit der oben skizzierten Vorfälle offenbart, dass sich die Stadt Graz tatsächlich im Spannungsfeld ungelöster ethnischer Konflikte befindet, und dass es an ausreichenden personellen Ressourcen bei den Exekutivkräften mangelt. Der Antragsteller sieht die Notwendigkeit, zuerst die Situation in Graz zu stabilisieren und deeskalierend auf die Situation einzuwirken, bevor weitere Asylwerber aufgenommen werden können.

Aus diesem Grund spricht sich der Antragsteller für einen generellen Zuweisungsstopp für Flüchtlinge und Asylanten aus und regt an, diese Haltung gegenüber Land und Bund nachhaltig zu kommunizieren.

Es ergeht daher namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgender

Dringlicher Antrag
gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat der Stadt Graz wendet sich an die zuständigen Stellen des Bundes und des Landes, und weist im Sinne des Motivenberichtes auf die prekäre Situation in unserer Stadt hin. In diesem Zusammenhang bringt die Stadt Graz auch ihr Ansinnen zum Ausdruck, weitere Flüchtlings- und Asylantenzuweisungen bis auf Weiteres zu unterlassen.